

Das Europa-Parlament probt den Aufstand

Kommt es nicht zum verwässernden Kompromiß, wird dies der erste große Verfassungskonflikt in Gemeinschafts-Europa sein: der große Krach zwischen dem Parlament und dem Ministerrat, der die Staaten vertritt. Der Anlaß ist die EU- Erweiterung um Finnland, Österreich, Norwegen und Schweden, die das Europäische Parlament in Straßburg am 4. Mai ratifizieren muß. Der Streitpunkt ist die Abstimmungsregelung im Ministerrat, wo nicht die einfache, sondern die 'qualifizierte Mehrheit' gilt, um so die Einzelstaaten vor der 'Tyrannei der Mehrheit' zu schützen.

Als Bedingung für die Erweiterung von 12 auf 16 hatten die Briten durchgesetzt, daß schon eine kleine Minderheit der Staaten die Aufschiebung einer mißliebigen Entscheidung erzwingen kann, auch wenn diese nicht groß genug sein sollte, um den Beschluß ganz zu kippen. Das hat das Europa-

Parlament zum Anlaß genommen, die Sperr-Minorität insgesamt zu attackieren: Die schlichte Mehrheit müsse Europa regieren. Und plötzlich hat dieser Debattier-Verein, der so gut wie keine echten Machtbefugnisse besitzt, einen prächtigen Hebel in der Hand. Denn das Parlament muß die Erweiterung absegnen, und nun heißt es: ohne Abstimmungsreform keine Erweiterung.

Es ist dies eine unrealistische Forderung. Noch ist die EU kein Bundesstaat, noch ist kein Mitglied bereit, sich der Mehrheit zu unterwerfen, wenn vitale Interessen auf dem Spiel stehen. Das eigentliche 'Parlament' ist deshalb der Ministerrat, der die Staaten repräsentiert. 'Demokratiedefizit' hin oder her - der wahre Souverän sitzt in den einzelnen National-Legislativen, und dabei muß es bleiben, solange die EU nicht zum echten Bundesstaat à la USA geworden ist.

jj